Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Oehl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 97 | Anzeigenpreis: für 1mm Höhe, (84 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühr 10 Goldpfennig und Porto. — | Halver Mittwoch, den 27. April | Erscheint wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Des Landmanns Sonntagsblatt" und „Herd und Scholle" | 1927

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Das Reichspostministerium ist mit der Vorbereitung einer Verfügung beschäftigt, die eine Erhöhung des Briefportos auf 15 Pfg. und andere Gebührensteigerungen bringen soll.

* Über Fragen der Wirtschafts-, Handels- und Landwirtschaftspolitik hielten in Bielefeld bei einer Tagung der Deutschnationalen Volkspartei die Herren Dr. Hugenberg und Reichsminister Schiele richtunggebende Reden.

* In Österreich brachten die Wahlen zum Nationalrat keine erheblichen Veränderungen der Parteiverhältnisse, wenn auch die Sozialdemokraten einige Vorteile errangen. Der Nationalrat wird auch in Zukunft eine bürgerliche Mehrheit haben.

* Bei der Hochwasserkatastrophe am Mississippi hat sich die Zahl der Toten auf 200 erhöht, 40 000 Motorboote bemühen sich um die durch die Flut Abgeschnittenen.

Die Post soll teurer werden.

Um 50 Prozent.

Nach einer amtlichen Bekanntmachung bereitet das Reichspostministerium eine Vorlage an den Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost vor, wonach die Briefbeförderungsgebühr von 10 auf 15 Pfennig und dementsprechend die übrigen Postgebühren erhöht werden sollen.

Dazu wird in der Bekanntmachung erklärt: Der im Jahre 1868 eingeführte 10-Pfennig-Tarif ist bei dem heutigen Geldwert auch nicht mehr annähernd imstande, die stetig steigenden Selbstkosten der Post zu decken. Die infolgedessen seit einiger Zeit gespannte Finanzlage der Deutschen Reichspost läßt nach Lage der allgemeinen Wirtschaft leider für absehbare Zeit eine wesentliche Besserung nicht erwarten. Während die Grundpreise von Industrie und Landwirtschaft, der Lebenshaltungsindex und die Arbeitslöhne allmählich um 50 % und mehr gestiegen sind und die Ausgaben der Post sich dadurch laufend erhöht haben, sind die Postgebühren gleichgeblieben, so daß sich eine immer größere Spannung ergibt.

*

Das ist eine nicht gerade angenehme nachösterliche Überraschung, die von der Reichspostverwaltung dem deutschen Volke bereitet werden soll; 5 Pfennig mehr an Fernbriefporto und eine dementsprechende Erhöhung sämtlicher sonstiger Postgebühren! In diesem Sinne wird die Ministerialverordnung als Vorlage an den Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost vorbereitet. Wenn in der Begründung neben den anderen Angaben auch noch gesagt wird, daß kein Land noch gleich niedrige Gebühren wie die Deutsche Reichspost habe, so ist das gewiß zum Teil richtig, wie uns ein Sonderberichterstatter schreibt, aber doch eben nur zum Teil! Gewiß mußte man im Jahre 1868 genau soviel Briefporto zahlen wie heute, — aber doch eben nur an Briefporto. Es heißt doch aber ausdrücklich, daß entsprechend auch die übrigen Postgebühren erhöht werden sollen! Und dann ist vieles, das meiste jetzt schon sehr viel teurer als in der Vorkriegszeit, auf der anderen Seite weist die Postverwaltung Einnahmen auf, über die sie vor dem Kriege, geschweige denn vor Jahrzehnten nicht verfügen konnte. Erinnert sei nur beispielsweise an die großen Einnahmen, die aus dem Radio erzielt werden.

Finanziell gut ist es ja der Post eigentlich nie gegangen. Vor dem Kriege wies sie zwar einen Überschuß auf, der in der Hauptsache aber nur deshalb zustande kam, weil die gesamten Transportkosten auf der Eisenbahn ihr nicht in Rechnung gestellt wurden. Das ist freilich jetzt anders geworden. Die schweren Schäden, die der Deutschen Reichsbahn aus Kriegs- und Nachkriegszeit erwuchsen, sind auch im allgemeinen beseitigt, und die Post schien immerhin soviel Geld verdient zu haben, daß sie u. a. zahlreiche Kraftverkehrslinien einzurichten imstande war. Ja, noch mehr geschah. Die Reichspostverwaltung wurde der Einflußnahme des Reichstages und der Reichsregierung fast ganz entzogen; im Reichsetat prangt jetzt nur ganz einsam, als der Bewilligung des Reichstages unterworfen, der Etat des Reichspostministers. Die Post wurde verselbständigt, sollte ein nur nach kaufmännischen Gesichtspunkten geleitetes Unternehmen werden, in das von anderer Seite nicht mehr hineingeredet wurde; bei den Reichstagsdebatten konnten nur Wünsche vorgebracht werden, mit denen die Postverwaltung anfangen konnte, was sie wollte. Ihr zur Seite steht nun der Verwaltungsrat, der sich aus Männern der Wirtschaft, Arbeitnehmervertretern und Parlamentariern zusammensetzt und der die Rechte eines Aufsichtsrates hat, damit also die Entscheidung auch darüber, ob die vorgeschlagene Tariferhöhung anzunehmen oder abzulehnen ist.

Tariferhöhung bedeutet aber erfahrungsgemäß zunächst immer eine Verminderung der Einnahmen, erregt auch deswegen besonders böses Blut, weil die Post ja ein ganz unbedingtes Beförderungsmonopol besitzt, über dessen Innehaltung sie, gegebenenfalls auch mit Unterstützung der Gerichte, auf das eifrigste achtet. Und eine Tariferhöhung, die in der Hauptsache gleich 50 % betragen soll, ist so erheblich und darum auch so einschneidend, wie es keine der bisherigen gewesen ist. Gerade aber die Wirtschaft wird sich auf das äußerste dagegen sträuben, sich eine neue Verteuerung der gesamten Postgebühren auferlegen zu lassen. Es gibt außerdem in Deutschland niemanden, der durch diese Portoerhöhung nicht mehr oder minder stark betroffen wird, und die Folgen davon wird die Reichspostverwaltung auf ihrer Einnahmenseite auch verspüren müssen. Man wird ihr entgegenhalten, daß überhaupt schon ihre Gebühren höhere, die Leistungen aber weit geringere sind als früher.

Der Verwaltungsrat der Reichspost wird also wohl eher sein Augenmerk darauf richten müssen, wie die gespannte Finanzlage der Post gemildert werden kann durch Abstriche auf der Ausgabenseite, ehe er darangeht, durch eine Tariferhöhung nun eine immerhin sehr zweifelhafte Einnahmenerhöhung zu erzielen.

In Ergänzung der amtlichen Ankündigung über die geplante Portoerhöhung wird noch bekanntgegeben, daß die Vorlage in etwa acht bis zehn Tagen dem Verwaltungsrat der Reichspost zugeleitet werden dürfte. Die Postverwaltung beabsichtigt eine 50prozentige Erhöhung des Briefportos und ferner in geringem Ausmaße eine Erhöhung des Paketportos. Diese Erhöhung ist nicht schon früher durchgeführt worden, weil die Post annahm, daß die Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage auch eine Vermehrung ihrer Einnahmen bringen würde. Diese Hoffnung hat sich indes nicht erfüllt. Auf der anderen Seite hat die Post eine Reihe von Verbesserungen ihres Betriebes eingeführt, z. B. die Einrichtung der Selbstanschlußämter im Telephonverkehr. Dadurch sind ihr Ausgaben erwachsen, die bisher nur auf dem Anleihewege gedeckt werden konnten. Das Gesamtvermögen der Reichspost, das auf 2 Milliarden geschätzt wird, ist mit 470 Millionen Mark belastet, und der Zinsendienst hat es bisher nicht gestattet, die Anlagen der Post noch weiter auszubauen, wie das Interesse der Wirtschaft es verlangt.

Großkampfwahltag in Oesterreich

Neuwahlen zu österreichischen Parlamenten.

Ruhiger Wahlverlauf.

Österreich hat einen Großkampf-Wahltag hinter sich. Am Sonntag wurden die Wähler in Österreich zu den Urnen gerufen, um für den Nationalrat, für fünf Landtage und eine ganze Anzahl von Gemeindevertretungen die Abgeordneten zu wählen. Insgesamt waren 1316 Mandate zu vergeben, von denen 165 Mandate auf den Nationalrat, der etwa dem Deutschen Reichstag entspricht, entfallen. Der Wahlkampf wurde in heftigster Weise geführt, was schon daraus zu ersehen ist, daß in dem kleinen Österreich etwa 14 verschiedene Parteilisten aufgestellt waren, die um die Gunst der Wähler kämpften. Die großen bürgerlichen Parteien hatten eine Einheitswahlliste aufgestellt, um gegen die sozialdemokratische Liste im Lande und vor allem in Wien in gemeinsamer Front operieren zu können.

Nach den bisherigen Wahlergebnissen werden die bürgerlichen Parteien im Nationalrat etwa über 93 Mandate verfügen, die Sozialdemokraten über 72 Mandate. Bisher war das Verhältnis 97 zu 68. Der Landbund erhält 6 Sitze. Die Verteilung der Reststimmen, die nach einem schwierigen Wahlmodus festgestellt werden, steht noch aus, wird aber wohl kaum wesentliche Veränderungen in dem Verhältnis der Parteien zueinander bringen können. Neben den Wahlen zum Nationalrat konzentrierte sich das Interesse besonders auf die Gemeinderatswahlen in Wien, wo die Sozialdemokratie bisher die Herrschaft innehatte. Sie hat auch bei den jetzigen Wahlen wieder die Mehrheit erlangt, und zwar hat sie die bereits von ihr innegehabten 78 Mandate wieder erhalten, denen 42 Mitglieder der Einheitsliste gegenüberstehen.

Die Wahlbeteiligung war außerordentlich stark, besonders fiel die große Teilnahme der weiblichen Wählerschaft auf. Der Wahltag ist im großen und ganzen ruhig verlaufen. Etwa 50 Personen wurden von der Polizei wegen kleinerer Vergehen festgenommen, jedoch nach Feststellung der Personalien wieder entlassen. Bemerkenswert ist, daß ein zweitägiges Alkoholverbot, das vom 23. bis 25. April dauerte, erlassen worden war, da man die schon durch den Wahlkampf erhitzten Gemüter durch Alkohol nicht noch mehr in Erregung bringen wollte.

Die bisherigen Ergebnisse aus den Landtagen der Bundesländer zeigen, daß überall eine bürgerliche Mehrheit gewählt worden ist.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Bayern und das Reich.

Reichsinnenminister Dr. von Keudell, der in diesen Tagen der bayerischen Regierung seinen Antrittsbesuch abgestattet hat, erklärte, daß nach seiner Überzeugung die Interessen des Staates nirgends besser aufgehoben seien als in Bayern. Das Wort „Reichstreue", so sagte der Minister weiter, ist in bezug auf Bayern für mich eine undiskutierbare Selbstverständlichkeit und jeden Zweifel daran halte ich für eine Beleidigung. Ich bin der Überzeugung, daß die Geschichte einmal hervorheben wird, was in den Zeiten der schwersten Erniedrigung Deutschlands Bayern als Kraftzentrum geleistet hat.

Fahnenfeier in Königsberg.

Die Feldzeichen der ehemaligen ost- und westpreußischen Regimenter sind in feierlicher Weise in die Schloßkirche von Königsberg übergeführt worden. Die 85 Fahnen und Standarten der alten Armee, mit frischem Lorbeer geschmückt, wurden von dem Chef der Heeresleitung, General Heye, von der Kaserne am Trommelplatz, wo sie seit ihrer Überführung aus dem Reichswehrministerium nach Königsberg aufbewahrt wurden, an der Spitze der Fahnenkompagnie in den Schloßhof geleitet. Hier hatte das Militär des Standortes Königsberg Paradeaufstellung genommen. General Heye ergriff das Wort und ermahnte die Versammelten, diese weihevolle Stunde nicht zu vergessen. Er fuhr dann fort: Angesichts dieser Feldzeichen gedenket der Deutschen, der Edelsten, die einst auf diesen Fahnen den Eid schworen und die ihre Treue mit ihrem Herzblut, mit dem Tod besiegelt haben. Ihre Gräber, in der ganzen Welt zerstreut, geben Zeugnis, was der Deutsche vermag. Er schloß mit einem Hoch auf das Vaterland. Nachdem der gemeinsame Gesang des Deutschlandliedes verklungen war, wurden die alten Feldzeichen unter dem Geläute der Glocken und Salutschüssen in die altehrwürdige Schloßkirche getragen.

Entschließungen des demokratischen Parteitages.

Der Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei, der jetzt in Hamburg geschlossen wurde, nahm eine Entschließung zur Außenpolitik an, nach der die Partei an den Grundlagen der Politik von Locarno festhält. Der Parteitag bedauert, daß trotz der eingeleiteten Verständigungspolitik Rückwirkungen auf das besetzte Gebiet bisher nicht erzielt worden seien und daß die bisherigen Ergebnisse der Abrüstungsverhandlungen die Friedensfreunde in der ganzen Welt schwer enttäuscht haben. Die deutsche Regierung wird aufgefordert, die Befreiung des besetzten Gebietes und die allgemeine Abrüstung mit Nachdruck weiter zu vertreten. Weiterhin sprach sich der Parteitag gegen den Abschluß eines Konkordats und für die Sicherung der Staatshoheit über die Schule sowie für dauernde Sicherung der Simultanschule aus. Zum Parteivorsitzenden wurde Reichsminister a. D. Koch wiedergewählt, auch erfolgte die Wiederwahl der stellvertretenden Vorsitzenden Bäumer, Hieber und Hellpach. Neu in den Vorstand wurden der ehemalige Reichsfinanzminister Reinhold, Oberbürgermeister Böß, Berlin und Direktor Stern, Berlin, gewählt.

Japan.

× **Ernste Wirtschaftsstörungen.** Das vom Kabinett für drei Wochen erlassene Moratorium hat ernste Störungen im Geschäftsleben zur Folge, das bis zum Ausbruch der Bankkrise normal war. Die Banken sind mit allen Mitteln bemüht, die schädliche Einwirkung des Moratoriums auf Handel und Gewerbe abzuschwächen. Sie haben sich bereit erklärt, ihren Kunden die Überziehung der Konten zu gestatten und nach Ermessen kurzfristige Darlehen zu gewähren. Das Kabinett hat beschlossen, das Moratorium auf alle Kolonien mit Ausnahme Formosas auszudehnen. Die Banken stellen in einer öffentlichen Erklärung fest, daß sie übereingekommen sind, in jeder möglichen Weise zusammenzuarbeiten und sich gegenseitig zu unterstützen.

Aus In- und Ausland.

London. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph" aus Tetuan treffen in Marokko spanische Verstärkungen ein, von denen einige für Tetuan, andere für Targuist bestimmt sein sollen. Die Verstärkungen sollen sich auf insgesamt 20 000 Mann belaufen.

Belgrad. Unter Bezug auf das Verbot der Einfuhr von Schweinen nach Deutschland befürwortet das Agramer Blatt „Jugoslovenski Lloyd", daß bei den kommenden deutsch-jugoslawischen Handelsvertragsverhandlungen die Schaffung einer eigenen jugoslawischen veterinärpolizeilichen Anstalt vorgesehen wird, wobei deutsche Organe mitzuwirken hätten.

Tod des Bauern — Tod des Volkes.

Deutschnationale Wirtschaftstagung in Bielefeld.

Auf einer Wirtschaftstagung der Deutschnationalen Volkspartei in Bielefeld hielt der deutschnationale Abgeordnete Hugenberg eine Rede über das Thema „Wege zur politischen und wirtschaftlichen Freiheit des deutschen Volkes". Er betonte hierbei, daß es gelte, zu einem großen Wirtschaftsprogramm des deutschen Volkes zu kommen. Augenblicksnachteile dürften nicht den Blick verschleiern für die Aufgaben, die lange Zeit hindurch Gültigkeit gehabt und die Zukunft zu beeinflussen noch immer die Möglichkeit hätten. Was die Landwirtschaft angehe, so sei ihre Not zwar groß, doch dürfe sie sich nicht aufgeben, wolle sie nicht verloren sein. Mit der Erhöhung der Realsteuern müsse Schluß gemacht werden. Denn den deutschen Bauern totsteuern, heiße, das deutsche Volk totsteuern. Wenn der deutsche Bauer gefallen sei, so werde der Prozeß auch vor den anderen Berufen nicht haltmachen. Der Redner verlangte schließlich die Errichtung von Schutzzöllen, um Deutschland wirtschaftlich leistungsfähiger zu machen, und verlangte, daß der Block des Sozialismus in Preußen hinweggeschoben werden müßte.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, der sodann über die Politik der vaterländischen Arbeit sprach, betonte, daß nur das Volk Unabhängigkeit und Geltung beanspruchen könne, dessen Ernährungsgrundlage im eigenen Lande gesichert sei. Die deutsche Landwirtschaft sei technisch in der Lage und bereit, unserem Volke diese Sicherung zu geben. Dann dürften ihr auch nicht die wirtschaftlichen Voraussetzungen hierfür versagt werden. Ein verständnisvolles Hand-in-Hand-arbeiten zwischen Landwirtschaft und Industrie sei heute mehr denn je erforderlich. Der deutsche Osten mit seinen Siedlungsnotwendigkeiten könne nur lebensfähig sein, wenn den ostdeutschen Bauern und Siedlern der Anbau von Roggen und Kartoffeln sowie die Schweinemast so viel Rentabilität ließen, daß sie sich auf ihrer Scholle zu halten und den weiteren Bestand ihrer Familie zu sichern vermögen.

Der Religionskrieg in Mexiko.

Erschießung eines Priesters.

Die Ausweisungen katholischer Kirchenfürsten aus Mexiko dauern an. Nach einer Reutermeldung sollen auch die römisch-katholischen Prälaten, die sich noch im Lande befinden, deportiert werden, wenn sie gefunden werden. Wie erregt die Stimmung in Mexiko ist, geht daraus hervor, daß der Truppenkommandeur in Rio del Cuale im Staate Jalisco die Erschießung eines Priesters angeordnet hat, der der Beteiligung an der Organi-

und nicht als König von Preußen war unvereinbar mit der Verfassung. Wir konnten unmöglich unter der in Aussicht gestellten Formulierung uns etwas vorstellen, was auf ein Zertrümmerung der Reichsverfassung hinauslief.

Das Hochwasser des Mississippi.

150 000 Obdachlose, eine Stadt geräumt.

Nach Privatmeldungen der amerikanischen Blätter ist die Gesamtzahl der Ertrunkenen bei den Überschwemmungen des Mississippitales auf fast 200 gestiegen. Die Zahl der Obdachlosen wird auf 150 000 geschätzt, während insgesamt über 200 000 Personen wirtschaftliche Schäden erlitten haben. Im ganzen steht noch eine Fläche von über 125 000 Quadratkilometern unter Wasser. Die Bevölkerung des Gebietes von Greenville und Pittsburg wurde aufgefordert, ihre Wohnungen zu verlassen. Die Stadt Greenville ist völlig [illegible] und wird von Regierungstruppen bewacht. 40 000 Motorboote und zahlreiche Flugzeuge sind in Tätigkeit gesetzt worden. Man hofft, die durch die Fluten abgeschnittene Bevölkerung entweder abtransportieren oder wenigstens mit genügenden Lebensmitteln versorgen zu können.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 27. April 1927.

☐ **Zollinhaltserklärungen zu Postpaketen nach Litauen.** Die litauische Postverwaltung teilt mit, daß ihr aus Deutschland eine beträchtliche Zahl von Postpaketen zugeht, deren Zollinhaltserklärungen ungenügend ausgefüllt sind und die deswegen nach dem Aufgabeort zurückgesandt werden müssen. Nach den Vorschriften der litauischen Zollverwaltung müssen die Zollinhaltserklärungen für jede einzelne Warengattung die genaue Bezeichnung (z. B. Schuhe aus Kalbleder), das Rohgewicht, das Reingewicht oder statt dessen die Stückzahl sowie den Wert (Preis) der Gegenstände enthalten.

☐ **Einheitliche Vorschriften für den Verkehr auf den deutschen Seewasserstraßen.** Die am 16. April erschienene Ausgabe des Reichsgesetzblattes bringt die Polizeiverordnung zur Regelung des Verkehrs auf den deutschen Seewasserstraßen (Seewasserstraßenordnung). Die Verordnung ist vom Reichsverkehrsminister erlassen und soll am 1. Dezember 1927 in Kraft treten. Die lange Frist zwischen der Bekanntgabe und dem Inkrafttreten ist gesetzt worden, um der Schiffahrt genügend Zeit zu geben, sich mit der Verordnung vertraut zu machen.

—* **Dem Kreiswohlfahrtsamt Altena** ist die Möglichkeit geboten, in diesem Sommer eine größere Anzahl erholungsbedürftiger Kinder zu einem viermonatigen Landaufenthalt im Kreise Deutsch-Krone (Westpreußen) unterzubringen. Eltern, die an einem Landaufenthalt ihrer Kinder Interesse haben, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich wegen Anmeldung der Kinder umgehend an das zuständige Ortswohlfahrtsamt wenden müssen. Die Ortswohlfahrtsämter sind zu allen näheren Auskünften gern bereit.

—p **Halver,** 26. April. Zu der am Samstag abend einberufenen Hauptversammlung der Vereinigten Turn- und Spiel-Vereine hatten sich im Vereinslokal eine stattliche Anzahl Turner eingefunden. Der 1. Vorsitzende Turnbruder Albert Backhaus eröffnete gegen 8,30 Uhr die Versammlung, dankte für das überaus zahlreiche Erscheinen, worauf der Schriftführer Köhler das Protokoll der letzten Versammlung zur Kenntnis brachte, das in seiner Fassung einstimmige Annahme fand. Sodann ging man in die Tagesordnung über, welche reichlichen Stoff zur Beratung stellte. Einen breiten Raum nahm die Uebernahme und Ausgestaltung des am 2. und 3. Juli in Halver stattfindenden Bezirksturnfestes ein. Die einzelnen Punkte wie Musikfrage, Wahl der Kommissionen und der in Frage kommenden Ausschüsse wurden eingehend beraten und die einzelnen Personen bestimmt. Als Obmann des Bezirksfestes und sämtlicher Kommissionen wählte die Versammlung einmütig Turnbruder Fritz Schönebeck. Nunmehr wurden alle Vorbereitungen zu einem guten Gelingen und glatten Verlauf getroffen und es kann mit einer vorzüglichen Abwickelung des Festes gerechaet werden. Alsdann schritt man zur Wahl des 2. Vorsitzenden. Für den ausscheidenden Turnbruder Adolf Welter wählte die Versammlung einstimmig den Turnbruder Werner Lüsebrink. Der erste Vorsitzende widmete dem scheidenden Turnbruder Welter herzliche Dankesworte für die langjährigen Dienste, die er dem Verein in reichem Maße geleistet hat. — Die Wahl eines Spielwarts wurde einstweilen zurückgestellt. Ferner wurde der Versammlung eine Turnhallenordnung bekanntgegeben, die in ihrer Gesamtfassung gebilligt wurde. Dieselbe soll sofort in Druck gegeben und zum Aushang gebracht werden. Die Entschädigung für den Hallenwärter wurde festgesetzt und durch die Versammlung genehmigt. Sodann wurde beschlossen, am Himmelfahrtstage wie alljährlich eine Turnwanderung zu unternehmen, die ins Oberbergische Land führen soll. Eine dreiköpfige Kommission soll einen entsprechenden Wanderplan ausarbeiten. Zum Schluß wurden noch die Zeiten der Turnstunden für das Sommerhalbjahr 1927 bekanntgegeben. Dieselben sind wie folgt:

Dienstag u. Freitag von 8—10 Uhr Turnen der Männer
Montag von 8—9,30 Uhr Turnen der Alten
Donnerstag von 8—10 Uhr Turnen der Damenriegen
Samstagnachmittag von 4—6 Uhr Spielen sämtlicher Abteilungen.

Hiermit waren alle Punkte der Tagesordnung erschöpft, sodaß der Versammlungsleiter gegen 11.30 Uhr die anregend verlaufene Versammlung mit einem dreifachen Gut Heil schließen konnte. Bei frohem Turnerliede blieb man noch kurze Zeit beisammen.

⨯ **Halver,** 26. April. Die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt stellt neuerdings in beschränktem Maße Sonderkredite für den landwirtschaftlichen Kleinbesitz zu ermäßigtem Zinssatz zur Verfügung. Anmeldungen erbittet die Amtssparkasse Halver bis zum 3. kommenden Monats einschließlich.

—b **Kierspe,** 26. April. Die Sitzung der Gemeinde-Vertretung Kierspe findet am 28. 4. nachm. 3.30 Uhr im Sitzungssaale des Amtshauses in Kierspe statt. Auf der Tagesordnung befinden sich folgende Punkte: 1. Unterstützungssachen 2. Steuersachen 3. Vermögensauseinandersetzung zwischen Schule und Kirche 4.Bausachen 5. Landverpachtungen 6. Verschiedenes.

—b **Kierspe-Bhf.,** 26. April. Am Samstag ereignete sich an der Straßenkreuzung Tannenbaum ein Motorradunglück, welches durch die Geistesgegenwart des Fahrers noch glimpflich ablief. Ein von Meinerzhagen kommender Motorradfahrer fuhr vorschriftsmäßig in die rechtwinkelige Straßenkurve, als von der entgegengesetzten Richtung ein Personenwagen heranfuhr. Derselbe hatte vermutlich kein Signal gegeben. Dem Motorradfahrer gelang es noch so eben an dem Wagen vorbeizukommen, fuhr dabei aber mit voller Kraft auf den Bürgersteig. Die Maschine erhielt dabei ernstliche Beschädigungen, wogegen der Fahrer mit dem Schreck davon kam.

—b **Kierspe-Bhf.,** 26. April. Die Firma Backhaus & Co., welche vor einiger Zeit in der Nähe des Sägewerks ein Grundstück erworben hat, ist nunmehr angefangen, die Ausschachtungsarbeiten für den Fabrikneubau in Angriff zu nehmen. In wenigen Tagen dürfte der Grundstein gelegt werden können.

—b **Kierspe-Bhf.,** 25. April. Gestern nachmittag fand beim Turnverein „Jahn" Kierspe-Bhf. eine Vorturnerstunde des Lenne-Volme-Gaues statt. Dieselbe tagte um 2 Uhr im Hotel Cramer hierselbst und war von allen Vereinen gut besucht. Man turnte zunächst die für das am 22. Mai ds. Js. stattfindende Wetturnen beim Turnverein „Jahn" vorgesehenen Uebungen durch, welche allgemeinen Beifall fanden. Nach erfolgter Aussprache nahm man noch einige Aenderungen vor. Außerdem besprach man noch verschiedene Vereinsangelegenheiten, worauf die Sitzung gegen Abend ihr Ende erreichte.

Lüdenscheid, 25. April. Autostraße Lüdenscheid—Rummenohl. Der Zuschlag der unlängst ausgeschriebenen Baulose 1 und 2 Oberrahmede—Spormeckerschule und Hulsberg—Spormeckerschule ist der bekannten Baufirma Seipel, die auch den Bahnbau Oberbrügge ausgeführt hat, erteilt worden. Die Arbeiten an diesen Baustrecken werden mit allen Kräften gefördert, sodaß allen Notstandsarbeitern der beteiligten Gemeinden Stadt und Amt Lüdenscheid, Gemeinde Dahl, Beschäftigung geboten ist. Der Grunderwerb für die Straße in der Gemeinde Hülscheid ist nun ebenfalls vollständig getätigt. Die Ausschreibung des dritten, letzten Bauloses Spormecker-schule—Rummenohl wird in kurzer Zeit erfolgen.

Gevelsberg, 25. April. Ein weiblicher Organist. Der bisherige Organist der evangelischen Kirchengemeinde, Junglehrer Wiemann scheidet aus seinem Amte aus, An seine Stelle wurde zunächst probeweise Fräulein Margarete Hüttemann (Königsberg i. Pr.) angestellt die kürzlich ihr staatliches Examen für Musiklehrerinnen bestand.

Sitzung der Gemeinde-Vertretung Halver.

⨯ **Halver,** 26. April 1927.

Am gestrigen Nachmittag fand im Sitzungssaale des Amtshauses eine Sitzung der Gemeindevertretung Halver statt. Die Vertretung war in voller Zahl erschienen. Herr Gemeindevorsteher Fernholz stellte gegen 3¼ Uhr der Vertretung den mit der kommissarischen Verwaltung des Amtes und der Gemeinde betrauten Amtmann Watermann vor und bat, den neuernannten Amtmann in seinen Zielen und Arbeiten zu unterstützen und ihm mit Vertrauen zu begegnen. Er werde in dem Sinne seines Vorgängers weiter arbeiten. Herr Amtmann Watermann dankte für das ihm erwiesene Vertrauen und bittet auch weiterhin um das Vertrauen der Vertretung zum Segen der Gemeinde Halver und erklärt hierauf die Sitzung für eröffnet.

1. **Haushaltsplan 1927.** Der Voranschlag für 1927 steht zur Beratung. Auf den den Vertretern übersandten Entwurf wird hingewiesen. Herr Amtmann macht zu dem Entwurf des Haushaltsplanes einige Angaben. Der zunächst von der Verwaltung aufgestellte Entwurf habe ein trostloses Bild gezeigt. Eine gründliche Nachprüfung habe stattgefunden und wo eben mögtich seien Abstriche gemacht worden. Der angebliche Fehlbedarf sei anfänglich auf 242 130 RM. festgestellt, gegen 152 530 RM. im Vorjahre, sodaß der Gesamtetat in Einnahme und Ausgabe mit 543000 das Gleichgewicht halte, gegen 533000 im Vorjahre. Nach den vorgenommenen Abstrichen sei der Gemeindefehlbetrag auf 167800 RM. herabgedrückt worden. Bei größtmöglichster Sparsamkeit müße die Verwaltung folgende Zuschläge zu dem Gemeindesteuern erheben

500% zur Gewerbeertragssteuer
700% zur Gewerbekapitalsteuer
200% zur Grundvermögenssteuer vom bebauten
300% vom unbebauten Grundbesitz, [Grundbesitz,

daß sei die äußerste Grenze bis zu der die Verwaltung gehen könne. Dies habe seine besonderen Gründe bei der Ueberweisung der Reichseinkommensteuer, von dem eingesetzten Betrag von 98 000 RM. seien nur 90000 RM. eingegangen; ebenso sei der Reichsbeitrag für jedes Schulkind von 3 RM. auf 2.80 RM. herabgesetzt worden. Die Wohlfahrtsfürsorge sei gleichfalls um 7300 RM. gestiegen. Der Grundbetrag der einkommenden Steuer sei um ⅓ weniger als im Vorjahre. Im Vorjahre habe die Gewerbeertragsteuer in der Gemeinde Halver 60 750 RM. eingebracht, im laufenden Jahre seien 78200 RM in Voranschlag gebracht. Die Gewerbekapitalsteuer sei für 1926 auf 70 250 RM. und für 1927 auf 89 250 RM. veranschlagt. Die Landwirschaft habe im Jahre 1926 21.8% an Gemeindesteuern aufgebracht und für das Jahr 1927 seien nur 20,04 % in Voranschlag gebracht. Er empfehle Annahme des Etats nach den mitgeteilten und vorgelegten Voranschlägen. Vertr. Mühlen beanstandet die niedrige Summe von 750 RM., die für Lehr- und Lernmittel der Volksschulen eingesetzt seien. Der Betrag sei viel zu gering für die 20 Klassen der Gemeinde und er bitte die Summe wesentlich zu erhöhen. Der Vorsitzende bemerkt hierzu, der Betrag sei von der Schuldeputation festgelegt worden und gegen das Vorjahr um 250 RM. erhöht worden. Vertr. Bremicker bittet den Betrag auf 1200 RM. zu erhöhen, dagegen bittet Vertr. Mühlen um Erhöhung auf 1500 RM., zu letzterer Erhöhung gibt Vertretung ihre Zustimmung. Vertr. Lausberg und Paulmann bitten um Benennung der Wege, welche instand gesetzt werden sollen. Nachdem der Herr Amtmann die geforderte Auskunft erteilt hatte, (es waren allerdings nur Wege in den ländlichen Bezirken, für den Ort Halver deren Nebenstraßen ebenfalls in schlechtem Zustande sind und sehr der Instandsetzung bedürfen, fehlten in der Aufstellung) wird der Etat gutgeheißen.

2. **Gewerbesteuer 1926.** Es ist darüber zu beschließen. ob für 1927 neben der Gewerbeertragssteuer die Lohnsummen- oder die Gewerbekapitalsteuer erhoben werden soll. Vertr. Giersieper erklärt, die Angelegenheit sei im Vorjahre gründlich durchgesprochen, Ungleichmäßigkeiten bleiben bei beiden Steuerarten bestehen. Er trete für die Gewerbekapitalsteuer ein. Vertr. Welter ist für dieses Jahr ebenfalls noch für eine Gewerbekapitalsteuer. Darauf wird die Erhebung der Gewerbekapitalsteuer einstimmig beschlossen.

3. **Aufbringung des Gemeindefehlbetrages für 1927.** Hierzu erklärt der Herr Amtmann nach Anhörung der gesetzlichen Berufsvertretungen Handelskammer, Handwerkskammer und Landwirtschaftskammer hätten sich die Vertreter der beiden erstgenannten Berufe gegen jede Erhöhung der Zuschläge zu den Gewerbesteuern ausgesprochen und der Vertreter der Landwirtschaft gegen eine Erhöhung der Grundwertsteuer oder auf 230 % für beide Arten der Grundwertsteuer. Hierauf habe sich die Verwaltung nochmals mit dem Finanzamt in Verbindung gesetzt und die Einkommen nochmals überprüft, wobei sich ein kleines Plus bei der Umsatzsteuer ergeben habe. Er bitte nochmals sich dem Vorschlage der Verwaltung anschließen zu wollen. Vertr. Schmidt spricht gegen eine Erhöhung der Grundwertsteuer, da diese Erhöhung auf den Mieter abgewälzt würde und diese könnten eine weitere Belastung nicht tragen. Vertr. Welter als Vertreter des gewerbl. Mittelstandes hält eine Erhöhung der Zuschläge für untragbar. Bei der Aufstellung des Etats sei nicht mit der nötigen Sorgfalt und Sparsamkeit vorgegangen worden. Die Einkommen aus der Reichseinkommensteuer seien zu niedrig angesetzt worden. Es müßte der Versuch unternommen werden mit den vorjährigen Zuschlägen auszukommen. Er könne nicht für erhöhte Zuschläge stimmen. Vertr. Enneper stimmt dasselbe Klagelied für die Landwirtschaft an. Nach dem Gesetz sei es nicht zulässig den Grundbesitz verschieden zu belasten. In Prozentualer Staffel versucht Redner die günstige Belastung des Kleingewerbes gegen Großgewerbe und Landwirtschaft darzustellen. Das Gewerbe zahle nach dem wirklichen Einkommen, die Landwirtschaft dagegen nach fingierten Sätzen. Er lege Verwahrung gegen die ungleiche Belastung von bebauten oder unbebauten Grundbesitz ein. Vertr. Welter ist gegen eine Erhöhung des bebauten Besitzes, da diese in Sonderheit wieder den Gewerbetreibenden treffe. Hierauf macht der Herr Amtmann den Vorschlag, die Verwaltung wolle versuchen mit den bisherigen Sätzen auszukommen, die Vertretung müsse aber gleichzeitig die Verpflichtung mit übernehmen ein weiteres 5 Quartel erheben zu dürfen, falls die Eingänge nicht ausreichen würden. Vertr. Giersieper meint die Industrie könne in dasselbe Klagelied wie das Kleingewerbe und Landwirtschaft einstimmen, auch sie könne eine weitere Belastung nicht ertragen, er begrüße den Vorschlag der Verwaltung und er könne die Zusicherung geben, daß bei ungenügender Deckung der Fehlbetrag nachbewilligt würde. Vertr. Enneper ist der Ansicht, wenn dem Gewerbe bei einem Mehreingang als des Fehlbetrages ein Quartal zurückerstattet würde, dann zahle die Landwirtschaft zu viel Steuern und nach § 20 des Kommunal-Abgabengesetzes sei dann der innere Ausgleich nicht gewahrt. Dem tritt Obersekretär Filling entgegen. An Hand zahlenmäßiger Vergleiche stellt er die steuerliche Belastung der Gemeinde bei dem Gewerbe und der Landwirtschaft gegenüber. Der Ausgleich spricht zu Ungunsten des Gewerbes. Er müsse daher die Ansicht die innere Gleichmäßigkeit sei nicht gewahrt entschieden in Abrede stellen. Die Abstimmung ergab mit 11 gegen 4 Stimmen

450 % Zuschlag zur Gewerbeertragssteuer
450 % " " Gewerbekapitalsteuer
150 % " " Grundvermögensteuer vom bebauten Besitz
250 % " " Grundvermögenssteuer vom unbebauten Besitz.

Der Vorsitzende erklärt, 31 700 RM. blieben ungedeckt. Die Verwaltung wolle bei sparsamster Wirtschaft versuchen, mit den Zuschlägen auszukommen. Er bitte zu beschließen: Gemeindevertretung erklärt sich bereit, sofern die Einkünfte aus der Reichseinkommensteuer, Körperschaftssteuern und Grundvermögensteuer nicht ausreichen, ein 5. Quartal zu bewilligen. Hierzu gibt Vertretung ebenfalls die Zustimmung.

4. **Erhebung der Kanalbenutzungsgebühren.** Es ist durch Beschluß festzustellen, ob und in welcher Weise die Kanalbenutzungsgebühren im Rechsungsjahre 1927 erhoben werden sollen. Vertretung beschließt, es bei den seitherigen Sätzen zu belassen; 1% des Gebäudesteuernutzungswertes und bei unbebauten Besitz 0,25 Rm. pro laufenden Meter.

5. **Wohnungsbauprogramm 1927.** Das Wohnungsbauprogramm für 1927 ist von der dazu bestimmten Kommission aufgestellt worden und liegt zur Beratuug vor. Darnach ist in Aussicht genommen, im Jahre 1927 ein größeres Programm durchzuführen und zwar soll neben der staatlichen Hauszinssteuer eine größere Gemeindeanleihe aufgenommen und zu Bauzwecken verwandt werden. Der Herr Amtmann erklärt, das vorgesehene Bauprogramm ließe sich nicht durchführen, da die Kapitalien nicht zu beschaffen seien. Es sei augenblicklich schwer, irgendwie Gelder hereinzubekommen, es müsse daher das Bauprogramm in etwa eingeschränkt werden. Es solle jedoch nichts unversucht bleiben, um Gelder für das Bauvorhaben zu beschaffen. Die Baukommission habe soeben in einer Sitzung beschlossen, einige

Bauvorhaben bestimmt zur Ausführung zu bringen. Jedes Haus müsse 6 Zimmer enthalten und erfordere einen Kostenaufwand von 15 000 RM. Jeder Baulustige erhalte je 1/3 aus Hauszinssteuer, Gemeindedarlehen und Sparkassen-Hypothek in Summa 13 500 RM. Den Rest habe der Baulustige selbst zu beschaffen. 7 Häuser sollen vorerst gebaut werden. Weitere 6 Bauten sind in Aussicht genommen, falls noch Gelder zu beschaffen sind. Sollte es jedoch nicht gelingen weitere Kapitalien im Anleihewege hereinzubekommen, dann müsse eine andere Verteilung der Hauszinssteuer vorgenommen werden, damit noch einige weitere Bauvorhaben ausgeführt werden können. Vertretung schließt sich diesem Beschluße der Baukommission an. Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung ebenfalls erledigt.

7. **Ermäßigung des Wassergeldes.** Es ist vorgesehen, ab 1. 4. ds. Jrs. das Wassergeld für industrielle Zwecke wie folgt in Rechnung zu stellen: bei einer Vierteljahrsabnahme bis 100 cbm auf 25 Pfg.

weiter bis	200	„	„ 24	„
„	300	„	„ 23	„
„	400	„	„ 22	„
über	400	„	„ 20	„ pro cbm

Vertretung genehmigt den Beschluß der Wasserwerkskommission.

8. **Aenderungen der Vergnügungssteuerordnung.** Die Freiwilligen Feuerwehren und Sanitätskolonnen des hiesigen Bezirks haben beantragt, je eine ihrer Veranstaltungen im Jahr von der Vergnügungssteuer zu befreien. Nach kurzer Aussprache wird der Antrag abgelehnt.

9. **Hochwasserschäden.** Die Gemeinde soll für die Interessen der Wassergenossenschaften des Bezirks von der Landesbank in Münster ein Darlehn von 7200 RM. zur Beseitigung von Hochwasserschäden aufnehmen. Die Wassergenossenschaften haben sich der Gemeinde gegenüber zu einer Verzinsung und Tilgung verpflichtet. Es bleibt zu beschließen, welche Sicherheiten die Gemeinde von den Genossenschaften verlangen will. Es wird beschlossen, besondere Sicherheiten von den Genossenschaften nicht zu verlangen. Das Geld soll den Genossenschaften unter denselben Bedingungen übergeben werden, wie die Verwaltung es übernommen hat.

10. **Veräußerung einer Wegefläche.** Der Kaufmann Cornelius Schürmann in Halver hat beantragt, ihm eine Wegefläche an der Lohstraße in Größe von 50 qm zu verkaufen. Die Parzelle wird als Wegefläche nicht benutzt. Der Antragsteller hat bisher stets angenommen, das sie sein Eigentum sei. Herr Schürmann bietet der Gemeinde eine andere Parzelle in gleicher Größe als Tauschobjekt kosten- und lastenfrei an. Vertretung erklärt sich mit dem Austausch einverstanden.

11. **Entschädigung für Brandhilfe.** Die Freiw. Feuerwehr Halver hat beantragt, die Stundenentschädigung für die Bewachung von Brandstellen auf 1.50 RM. pro Person und Stunde festzusetzen. Vertretung kann sich diesem Antrage nicht anschließen und beschließt es bei dem Satze von RM. 1.— pro Stunde und Person bewenden zu lassen.

12. **Anschluß der Berufsschule an das Fernsprechnetz.** Entsprechend dem Beschlusse des Schulvorstandes der gewerblichen Fortbildungsschule Halver ist die Berufsschule und damit auch die Ostschule auf Antrag des Hauptlehrer Mühlen an das öffentliche Fernsprechnetz angeschlossen worden. Vertretung bewilligt die Kosten für die Anlage eines Hauptanschlusses.

13. **Denkschrift über die Notwendigkeit der Errichtung eines neuen Rektoratschulgebäudes in Halver.** Der Rektor Clever in Halver legt der Gemeinde-Vertretung unterm 14. Januar d. Jr. eine Denkschrift über die Notwendigkeit einer neuen Rektoratschule vor. Die Denkschrift besagt, die jetzigen Räume seien unzulänglich. Durch einen Neubau und Schaffung neuer Räume könnte die Schule zu einer Mittelschule ausgebaut werden. Das Kuratorium der hiesigen Rektoratschule hat beschlossen, den Plan vorläufig auf ein Jahr zurückzustellen. Vertr. Mühlen beleuchtet in ausführlicher Weise die unzulänglichen Räumlichkeiten dieser Schule und bittet die Verwaltung in eine Nachprüfung eintreten zu wollen, ob nicht ein An- oder Umbau die vorläufigen Mängel in etwa beseitigen könnten, im übrigen wird dem Beschlusse des Kuratoriums beigetreten. Bei dieser Gelegenheit fragt Vertr. Paulmann, weshalb der Antrag des Heesfelder Schulbezirks nicht zur Beratung vorliege. Der Neubau der Schulräume sei notwendiger, wie der der Rektoratschule. Der Vorsitzende gibt zur Aufklärung, der Antrag müsse erst der Schuldeputation vorgelegt werden und dann käme er zur Gemeindevertretung, das sei der Gang der Behandlung.

14. **Schiedsmannwahlen.** Die Amtszeit der Schiedsmänner Karl Dornbach in Dornbach, Hermann Escher-Stöcken und Heinrich Hegemann, Ehringhausen laufen demnächst ab. Es erfolgt Wiederwahl auf eine 3jährige Amtszeit.

15. **Beitritt zum Bienenzuchtverein Schmidthausen-Bommert.** Der Bienenzuchtverein Schmidthausen-Bommert bittet die Gemeinde um Beitritt als korperatives Mitglied. Der Antrag muß aus Sparsamkeitsgründen abgelehnt werden.

16. Außerhalb der Tagesordnung verliest der Gemeindevorsteher ein Schreiben betr. **Müllabfuhr im Orte Halver.** Er betont hierbei, die Angelegenheit habe die Verwaltung schon seit einiger Zeit beschäftigt. Die Vorarbeiten seien noch nicht abgeschlossen in nächster Sitzung würde der Antrag die Vertretung beschäftigen. Er gäbe dies heute schon bekannt, damit es nicht hieße, der Antrag wäre von dem Anreger ausgegangen.

17. Vertr. Paulmann macht folgenden Vorschlag, die Erwerbslosen würden kaum alle in diesem Jahr Beschäftigung finden und da sei es notwendig, die Beschaffung von Kartoffeln und Kohlen schon jetzt für die Bedürftigen vorzubereiten. Ober-Sekretär Lausberg berichtet hierzu, der Antrag sei schon in Fluß, der Fürsorge-Beirat habe sich schon mit der Angelegenheit beschäftigt.

18. **Antrag der Freiwilligen Sanitätskolonne Brügge-Oberbrügge auf Bewilligung einer Beihilfe zur Beschaffung von Verbandsmaterial.** Nach kurzer Aussprache wurden der Kolonne 25 RM. bewilligt.

Schluß gegen 6 Uhr. — Anschließend fand eine vertrauliche Beratung statt.

Schweres Autounglück.

Vier Tote, zwei Schwerverletzte.

Bei Homburg v. d. Höhe ereignete sich auf der Straße nach Oberursel in der Gemarkung Bommersheim ein schweres Automobilunglück. Ein mit sechs Personen besetzter offener Wagen versuchte einen vor ihm fahrenden Wagen mit einer Stundengeschwindigkeit von 70 bis 80 Kilometer zu überholen. Hierbei nahm der Lenker die Kurve anscheinend zu kurz und riß im letzten Augenblick seinen Wagen scharf nach der Seite. Der Wagen prallte gegen das zu überholende Auto, geriet ins Schleudern und überschlug sich mehrere Male. Die Insassen wurden mit ungeheurer Wucht auf die Straße geschleudert und zum Teil getötet, zum Teil schwer verletzt. Getötet wurden der Kaufmann Reinhardt-Frankfurt, der Kaufmann Fritz Stern und seine Gattin aus Mannheim, schwer verletzt die Gattin des Kaufmanns Reinhardt, die bald darauf verstarb, ferner die Kaufleute Georg Ginsberg und Max Wegener, beide aus Frankfurt.

*

Auf der Chaussee Crossen-Grünberg, kurz vor dem Dorfe Plau, geriet der Wagen des 68 Jahre alten Kaufmanns Seiffert aus Löwenberg in Schlesien beim Überholen eines Fuhrwerks ins Schleudern und überschlug sich. Seiffert wurde auf die Straße geschleudert und war sofort tot. Das Auto wurde fast völlig zertrümmert.

Schlußdienst.

Vermischte Drahtnachrichten vom 25. April.

Der Eid der deutschnationalen Minister.

Berlin. Der Abgeordnete Erkelenz hat anläßlich des demokratischen Parteitages in Hamburg nach der Darstellung einiger Blätter Äußerungen getan, in denen er angeblich die Zuverlässigkeit des Eides der deutschnationalen Minister in Zweifel setzte. Wie den Blättern mitgeteilt wird, hat die Reichsregierung eine Nachprüfung angeordnet, um zunächst festzustellen, ob diese Äußerungen tatsächlich so erfolgt sind.

Blutige Zusammenstöße in Pasewalk.

Stettin. Bei einer Kundgebung der Nationalsozialisten in Pasewalk, an der auch auswärtige Ortsgruppen teilnahmen, kam es zu blutigen Zusammenstößen mit Linksradikalen. Die Polizei mußte mit blanker Waffe vorgehen. 10 Personen wurden ernsthaft verletzt, andere hatten Verletzungen leichterer Art. Zur Wiederherstellung der Ruhe waren Reichswehrtruppen aufgerufen worden, doch brauchten sie nicht mehr einzugreifen, da inzwischen Schutzpolizei aus Stettin gekommen war, die die Ruhe wiederherstellte. Die Polizei beschlagnahmte, wie offiziös mitgeteilt wird, zahlreiche Hiebwaffen bei den Nationalsozialisten. Mehrere Nationalsozialisten wurden bei ihrer Ankunft auf dem Stettiner Bahnhof in Berlin verhaftet, nachdem die Berliner Polizei vorher aus Stettin telegraphisch darum ersucht worden war.

Aus dem Zuge gestürzt.

Plauen i. Vogtl. Hier wurde der 34 Jahre alte Oberingenieur und Bergwerksbesitzer Wilhelm Schenk aus Ölsnitz im Vogtland schwerverletzt ins Krankenhaus Plauen eingeliefert. Schenk war aus dem fahrenden D-Zug Berlin—München gestürzt. Er wurde von einem Eisenbahnbeamten aufgefunden. Man vermutet, daß sich die Tür des Abteils von selbst geöffnet hat.

Die „Millionendollarerbschaft" der Hausangestellten Draxdorf.

Meerane. Die Hausangestellte Marie Draxdorf hat vor dem hiesigen Amtsgericht vor kurzem die Erklärung abgegeben, daß sie keinerlei Papiere über eine aus Amerika zu erwartende Millionenerbschaft besitze. Sie habe überhaupt keine Erbschaft zu erwarten.

Die italienisch-jugoslawische Spannung.

Belgrad. Trotz des jugoslawischen Osterfestes ist die Erörterung der außenpolitischen Lage nicht unterbrochen worden. Infolge der offenkundigen Verschärfung des italienisch-jugoslawischen Konfliktes sind der französische und der englische Gesandte mit dem neuen Minister des Auswärtigen, Marinkowitsch, in Fühlung getreten. Wie in hiesigen politischen Kreisen verlautet, hält man direkte Verhandlungen zwischen Rom und Belgrad solange für unmöglich, als Italien auf seinem Standpunkt beharrt, daß über den Pakt von Tirana überhaupt nicht gesprochen werden dürfe.

Die Internationale Getreidekonferenz in Rom.

Rom. Hier wurde im Internationalen Landwirtschaftlichen Institut die Internationale Getreidekonferenz eröffnet, die auf Mussolinis Anregung zusammengerufen worden ist. Mussolini, Mitglieder der Regierung und des Diplomatischen Korps sowie Vertreter von 31 Ländern, darunter Deutschland, wohnten der Sitzung bei. Nach einer von dem Vorsitzenden des Instituts, de Michelis, gehaltenen Begrüßungsansprache ergriff Mussolini das Wort, hob die Wichtigkeit der Konferenz hervor und wünschte ihr Erfolg. Mehrere Vertreter begrüßten mit kurzen Worten Mussolini im Namen ihrer Regierungen. Die Eröffnungssitzung endete mit einer warmen Beifallskundgebung für Mussolini. — Die Konferenz begann dann ihre Arbeiten.

Hankau schafft die Oberbefehlshaber ab.

Schanghai. Die Regierung von Hankau hat eine Verfügung erlassen, die besagt, daß militärische Fragen an allen Fronten in Zukunft von einem militärischen Ausschuß behandelt werden sollen und daß der Posten der Oberbefehlshaber aufgehoben wird.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 25. April.

* **Börsenbericht.** Die Tendenz war sehr uneinheitlich, nur wenige Spezialwerte konnten ihre Aufwärtsbewegung fortsetzen. Im übrigen gab es sogar vielfach geringe Kursabschwächungen. Am Geldmarkt machte sich eine leichte Entspannung bemerkbar; tägliches Geld 4½—6 %, monatliches Geld 6½—7½ %.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,21—4,22; engl. Pfund 20,46—20,51; holl. Gulden 168,54—168,96; Danz. 81,76 bis 81,96; franz. Frank 16,50—16,54; schweiz. 81,01—81,21; Belg. 58,57—58,71; Italien 23,03—23,09; schwed. Krone 112,78—113,06; dän. 112,41—112,69; norweg. 108,86—109,14; tschech. 12,47—12,51; österr. Schilling 59,29—59,45; poln. Zloty (nichtamtlich) 46,88—47,12.

Elberfelder Schlachtviehmarkt.

Elberfeld, 25. April. Auftrieb: 469 Stück Großvieh, davon 139 Ochsen, 40 Bullen, 240 Kühe, 28 Färsen, 12 Fresser, 417 Kälber, 3 Schafe, 2192 Schweine. Dem Schlachthofe wurden im Laufe der Woche unmittelbar zugeführt: 3 Ochsen, 3 Bullen, 13 Kühe, 10 Färsen, 162 Schweine.

Es kosteten: Ochsen a) 62—64, b) 56—60, c) 48—54. Bullen: a) 58—60, b) 54—56, c) 46—50; Kühe: a) 54—58, b) 46—52, c) 34—42, d) 20—30; Färsen: a) 62—64, b) 56—58, c) 48—54. Fresser: 44—52. Kälber: a) —, b) 75—78 c) 65—70, d) 50—60. Schweine: a) 54—57, b) 54—57, c) 52—53, d) 50—51, e) 48—50, f) —, g) 42—48.

Marktverlauf: Großvieh mittel, Kälber langsam, Schweine schleppend mit Ueberstand. Einzelne ausgesuchte Tiere über Notiz.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Landwirtschaftlicher Verein Halver.

Diejenigen Mitglieder unseres Vereins, welche die

Ausstellung der D.L.G. in Dortmund

besuchen wollen, werden gebeten sich umgehend bei unserem Kassierer zu melden zwecks gemeinsamen Bezuges der Fahr- und Eintrittskarten zu ermäßigten Preisen.

Der Vorstand.

Suche zu sofort einen landwirtschaftlichen Arbeiter

der mit Pferden umgehen kann.

Hebfeld, Wegerhof.

Reise-Körbe Wäsche-Körbe Einhol-Körbe

empfiehlt

Wilh. Bell jr.
Halver.

Ein gutgehendes
Lebensmittel-Geschäft
am liebsten in ländlicher Gegend zu pachten gesucht. Barmittel genügend vorhanden.
Angebote unter Nr. 710 an die Geschäftsstelle des Allg. Anz. Halver.

Düngemittel

Empfehle und halte auf Lager vorrätig
Schwefels. Ammoniak 21,07 %
Ammon.-Superphosphat 9×9 %
Ammon.-Superphosphat 7×9,
Ammon.-Superphosphat 5×10 %
Superphosphat 16 %
Knochenmehl 4½×20 %
Aufgeschl. Guano 6×10×2,
Gartendünger 10×10×10
Thomasmehl 16 % zitr.
Kainit 16 %
Kalisalz 40 %
C. Zimmermann,
Ohl-Rönsahl
Tel. 11, Amt Rönsahl.

Die Zeitungsanzeige

ist die beste und billigste Reklame; sie ist als Werbemittel unübertreffbar.

Jeder Geschäftsmann präge sich diesen Satz ein. Er zeigt den Weg zum Erfolg!

Betzer's Optisches Institut
Fachm. Leitung: Dipl.-Optiker W. Betzer.
Sorgfältige Augen-Untersuchung.
Richtige Gläserbestimmung
auf wissenschaftlicher Grundlage.
Augengläser, Brillen und Kneifer
in nur Ia Qualität.
Lüdenscheid -:- Wilhelmstraße 49

Hühnerdraht, Gartendraht, Zaundraht, Stacheldraht, Garten- u. Feldgeräte,
Waschmaschinen, Wringmaschinen und Waschküchenöfen, Milchkannen etc.
kaufen Sie billig und gut bei
E Bickenbach, Lüdenscheid i W.
Knapperstr. 8-12, Telefon 634.
— Preise auf Anfrage. —

Speise- und Saat-Kartoffeln!
Erhalte in den allernächsten Tagen:
Holl. Eigenheimer (gelbfl.)
Juli-Mölle (gelbfl.)
Pepo (weißfleischig sehr ertragreich)
Bestellungen erbitte umgehend.
C. Zimmermann,
Ohl, Bez. Cöln
Tel.: 11 Amt Rönsahl.

Visitenkarten liefert schnellstens Druckerei Wilh. Bell jr.



Rucksäcke
in mehreren Größen vorrätig
Wilhelm Bell jr.,
Telefon 42 Halver. Kirchstr. 5

Bevor Sie
ein Grabdenkmal oder Einfassung
kaufen,
kommen Sie zu
Bildhauer **R. Heinz, Radevormwald**
Kaiserstraße 1.
Großes modernes Lager. Billigste Preise.

Chinosol
Hygienische Spülungen
mit dem ungiftigen entzündungswidrigen Chinosol! Verlangen Sie in Apotheken und Drogerien Prospekt mit Anwendungsvorschriften. Versuchspackung nur 60 Pf.
Zu haben in allen Apotheken u. Drogerien. Alle Packungen sind bestimmt vorrätig in der Halverschen Medizinal-Drogerie Carl Menke, Halver.

Zur Aussaat empfehle:
Ia Klee- und Grassamen
Otto Ohler,
Ohl-Rönsahl
Tel. 28 Amt Rönsahl.

Ia Eiderlettkäse 20 %
9 Pfd. Mk. 6.30 franko.
Dampfkäsefabrik
Rendsburg.